

Erzähler vom Westermwald

Sachsenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

Für die Gesamtinteressen des Westermwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Sachsenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Sachsenburg.

Nr. 120

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Bringerlohn; durch die
Post 2.25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Bringerlohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.
Sachsenburg, Samstag, den 25. Mai 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsgelaltene Zeile ober oder unter
Raum 20 Pfg., die Reklamazeile 60 Pfg.

10 Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

22. Mai. Im Kesselgebiet gesteigerte Feuertätigkeit. — In der Löss werden im Luftkampf drei amerikanische Flugzeuge abgeschossen. — Durch Bombenabwurf werden bei Abbeville große feindliche Munitionslager vernichtet.

„Die große Gefahr.“

Auch im Fernen Osten ist über Nacht eine „große Gefahr“ aufgetaucht, vor der die Völker Ostasiens sich nicht genug in Sicherheit bringen konnten — die deutsche Gefahr oder, wie man sich in London oder Washington ausdrücken würde: die deutsche Verschwörung! In der Tat, kann es für China u. a. eine künftige, eine unmittelbare Gefahr auf den Nägeln brennende Drohung geben als daß die Deutschen eines schönen Tages unangemeldet in Peking auftauchen und den ehemaligen Kaiserpalast besetzen? Japan fühlt sich vielleicht nicht in gleichem Maße der deutschen Überwältigung ausgesetzt, aber chinesische Angst ist japanische Angst, denn man weiß ja, daß Inselreich hat das Volk der Mitte immer zum Feinde gehabt. Also haben beide Länder ein Militärabkommen geschlossen, und Deutschland ist wieder einmal um eine Lösung betrogen worden.

Wir sind trotzdem soweit gefaßt, um den Inhalt dieses Vertrages völlig ruhigen Gemütes prüfen zu können. Danach haben China und Japan — oder man hat wohl besser daran, mit Rücksicht auf die wahren Machtverhältnisse im Fernen Osten die Namen umzustellen — danach haben also Japan und China sich entschlossen, um der Gefahr eines deutschen Eindringens in ihren Interessentenkreis zu begegnen, einander in gleichem Maße Hilfe zu leisten in Gegenden, wo ein gemeinsames Vorgehen sich als nötig erweisen sollte. Die chinesischen Behörden verpflichten sich, die Aufgabe der Japaner in den besetzten Gebieten zu erleichtern, während die Japaner die chinesische Souveränität und das chinesische Volkswesen zu respektieren und das chinesische Gebiet sofort nach Beendigung der Operationen zu räumen verpflichten. Chinesische Truppen dürfen auch außerhalb Chinas verwendet werden. Beide Regierungen werden auch ein Abkommen schließen über die Benutzung der chinesischen Eisenbahn für Militärzwecke.

Soweit ist einstweilen über den Inhalt des Vertrages bekannt. Man ersieht daraus nur, daß militärische Operationen beabsichtigt sind, die sich nach Lage der Verhältnisse gegen Rußland richten müssen, daß Japan dabei der aktive, der handelnde, China der passive, der dabei und wohl auch leidende Teil sein wird, und daß Japan Versprechungen für zukünftiges Wohlverhalten macht, während das arme China schon jetzt der Tragung erheblicher Lasten gewürdigt wird. Der einst bestehende Gefahr eines deutschen Eindringens in den Osten soll dadurch vorgebeugt werden, daß Japan zunächst einmal seine Hand auf China legt und mit dessen Hilfe durch „freiwillig“ gewährter Mitwirkung eine Vormachtstellung auf dem asiatischen Festlande ein für allemal begründet. Mit der Befehung von Wladivostok ist es angefangen. Jetzt soll allem Anscheine nach Sibirien an die Reihe kommen. Der britisch-amerikanische Widerstand gegen diese weitgreifenden Pläne des japanischen Inselvolkes hat die Staatsmänner in Tokio eine Stellung zu vorsichtiger Zurückhaltung veranlaßt. Aber die Stimmung im Lande forderte immer ungestümer ein energischeres Vorgehen, bis der letzte Ministerwechsel diese Dinge endlich in Fluß brachte. Herr Wilsons Proteste haben bei der augenblicklichen Weltlage für Japan kein übermäßiges Gewicht; noch weniger braucht sich um englisches Störzungen zu kümmern. Beiden Verbündeten sind zurzeit die Hände gebunden, und die Japaner sind nicht sentimental genug, um darauf bei der Verfolgung ihrer politisch-militärischen Absichten länger als nötig Rücksicht zu nehmen. Allenfalls erweist man sich nach einer andern Richtung hin gefällig: Japan soll sich bereit erklärt haben, die von China geforderte gewaltsame Entfernung aller Deutschen dadurch zu ermöglichen, daß es der japanischen Regierung den dazu benötigten Schiffraum zur Verfügung stellt. Es erniedrigt sich zwar auf diese Weise der Schergen einer ebenso brutalen wie schreienden Völkerrechtsverletzung, aber dem britischen Löwen wirkt es wenigstens einen Knochen hin, an dem er für einige Zeit seinen Borkängen ob, die Japan um so dringlicher am Vorgehen liegen.

Man sieht also: die Uneigennützigkeit bricht sich auf dem japanischen Ententefront siegreich Bahn, im Fernen Osten im nahen Westen. Die Früchte dieser alle sittlichen Grundsätze niedertrampelnden Raubpolitik werden nicht aus-

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Der Reichstagsabgeordnete Rudloff hat wegen des Fliegerangriffs auf Köln eine Anfrage an den Reichskanzler gerichtet. Er fragt an, ob nicht ein wirksamer Schutz gegen Fliegerangriffe herbeigeführt werden könne, und ob der Reichskanzler bereit sei, Anregungen zu veranlassen oder Bestrebungen zu unterstützen, die dem sinnlosen Mord von Frauen und Kindern durch Abmachungen internationaler Art ein Ende machen. In der Antwort des Reichskanzlers heißt es u. a.: Nach Zeitungsberichten haben sich in der französischen Kammer und ganz besonders im Gemeinderat der Stadt Paris ernste und eindringliche Stimmen für eine Verständigung der kriegsführenden Parteien über die Einstellung von Fliegerangriffen gegen Städte außerhalb des Operationsgebietes erhoben. Zu bestimmten Anträgen von feindlicher Seite hat dies bisher nicht geführt. Sollte dies geschehen, so würden zunächst die militärischen Stellen mit der Prüfung des Antrages befaßt werden.

* Die Versuche, Wirtshelligkeiten zwischen Deutschland und der Moskauer Regierung zu stiften, werden von den Westmächten immer wieder erneuert. So meldeten Pariser Blätter aus Moskau, der deutsche Botschafter Graf Mirbach habe Befehl erhalten, dem Rat der Volkskommissare mitzuteilen, daß die deutsche Regierung mit dem Auftreten Joffes in Berlin unzufrieden ist und seine Abberufung wünscht. — Wie von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, ist an dieser Meldung kein wahres Wort. Sie ist eine allzu durchsichtige Masche der Entente. Die Wahrheit ist, daß sich der Verkehr mit Herrn Joffe, dem russischen Botschafter in Berlin, durchaus angenehm gestaltet.

* Die Wahlreform in Braunschweig ist jetzt insoweit gefördert worden, als die dazu eingesetzte Kommission ihre Arbeit beendet hat. Sie bringt die Einführung eines Mehrstimmenswahlrechts in Vorschlag, wonach der Eigentümer eines Hausgrundstückes oder eines anderen Grundstückes in einer gewissen Mindestgröße — also das bürgerliche Element — und der Wahlberechtigte, der das 40. Lebensjahr vollendet hat und verheiratet ist oder verheiratet gewesen ist, eine Zulassung erhalten soll. Ferner will die Kommission die Zahl der Abgeordneten von 48 auf 64 erhöhen, davon sollen 29 Abgeordnete aus allgemeinen Wahlen, 17 aus Wahlen der Berufsstände und 8 aus Wahlen öffentlicher Körperschaften hervorgehen. Eine weitere beachtenswerte Änderung will die Kommission durch die Einführung der Wahlpflicht, die bisher in Braunschweig bestanden hat, aber in der Regierungsvorlage fallen gelassen wurde. Unentschieden fernergebliebene Wahlberechtigte sollen in eine Ordnungsstrafe von 3 bis 100 Mark genommen werden.

Holland.

* Die Getreidebefragungen aus Amerika lassen noch immer auf sich warten. Die Regierung in Washington antwortete auf die Bitte der holländischen Regierung, drei Schiffe der jetzt in amerikanischen Häfen liegenden Flotte mit dem vom Präsidenten Wilson versprochenen Getreide zu senden, daß dazu keine Erlaubnis erteilt werden könne. Um weitere Verzögerungen in der Getreideverschiffung zu verhindern, müßten Schiffe aus Holland geschickt werden. — Warum sollte Amerika auch Wort halten, da alle seine Bundesgenossen es damit nicht genau nehmen.

Polen.

* Hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung Polens erklärte der polnische Ministerpräsident Stęczyński Botschaftern in Warschau, die polnische Regierung besitze keinerlei Nachrichten darüber, ob irgendwelche endgültige Entscheidungen über Polen bereits getroffen worden seien. Im Bewußtsein ihrer Pflicht habe die polnische Regierung vor drei Wochen das Mindestmaß dessen zur Kenntnis der Oskupationsmächte gebracht, was sie in politischer, territorialer und wirtschaftlicher Beziehung für die Zukunft Polens als unerlässlich erachte. Infolge dieses Schrittes erhielt die Regierung die Mitteilung, daß die Oskupationsmächte in nächster Zeit an die Regelung der polnischen Frage herantreten werden. Daß dies ohne Mitwirkung der Polen nicht geschehen werde, unterliege wohl keinem Zweifel.

Finnland.

* Die Frage der zukünftigen Regierungsform beschäftigt nach wie vor die öffentliche Meinung. Mit der Ernennung Soininens zum Staatsminister ist man im allgemeinen einverstanden, doch soll seine Machtwortkommenheit nur zwei oder drei Wochen dauern, bis die Frage der Regierungsform endgültig gelöst ist. Die Zahl der Anhänger der Monarchie im Landtage ist in den letzten Tagen bedeutend gewachsen.

Großbritannien.

* Unter dem Namen „Radikales Komitee“ hat sich eine neue Partei für den Frieden gebildet. Das radikale Komitee, dem eine Anzahl Parlamentarier der Linken sowie führende Frauen angehören, ist nicht auseinander-

„positiv“, tritt aber für einen Frieden der Verständigung ein. Wie die Londoner Blätter melden, gewinnt die neue Partei schnell Anhänger. Sie hat zunächst von der Regierung die Anerkennung der Sowjetregierung in Rußland gefordert.

* Einen eigenartigen Glückwunsch für Italien aus Anlaß des dritten Jahrestages seines Eintritts in den Krieg brachte Lord Cecil bei einem Frühstück zum Ausdruck. Er führte dabei aus, Italiens Eintritt in den Krieg sei rechtzeitig erfolgt, weil die Sache des Verbandes damals nicht günstig stand. Er lobte dann die Vorfälle der italienischen Truppen und verwies auf den ungeschwächten Kriegswillen Deutschlands. Endlich erwähnte er auch noch die Möglichkeit des Zusammenschlusses der Polen, Tschechen, Slowaken, Rumänen. Die Entente wolle allen jenen Völkern die Freiheit geben.

Bulgarien.

* Die bulgarisch-türkischen Grenzfragen sind, wie an maßgebenden Stellen in Sofia berichtet wird, ziemlich geregelt. Es heißt, daß das weitere Ergebnis des Besuchs Kaiser Karls eine so bedeutende Annäherung in den türkisch-bulgarischen Grenzfragen darstelle, daß in der nächsten Zeit ein für beide Teile befriedigender Abschluß zu erwarten sei.

Frankreich.

* Die Unzufriedenheit mit Clemenceau zieht weitere Kreise. Der Sozialistenführer und frühere Minister Sembat und andere Parlamentarier der Linken erklären in ihren Parteiblättern, der französische Parlamentarismus dürfe die kavaliermäßige Behandlung durch Clemenceau nicht länger dulden. Täglich erfahre die Volksvertretung durch ausländische Nachrichten die peinlichsten Überzählungen. Welche Rolle die französische Diplomatie im Osten spiele, bleibe mit sieben Scharfsehern bedeckt. Von den Vorgängen in Moskau, Kiew, Tiflis, Beking und Tokio habe auch der Kammerausschuß des Auswärtigen nicht die leiseste Ahnung. Nur Großkapitalisten scheinen eingeweiht zu sein. Um die anscheinende Notlage der kleinen und mittleren Leute kümmere sich kein Mensch.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 23. Mai. Der Kaiser empfing heute im Großen Hauptquartier den Abt Aldefons Herzogen von Maria Baach, der ihm den neugewählten Erzabt Dr. Rafael Walzer von Beuron vorstellte.

Berlin, 23. Mai. Die Krankheit des Reichstagspräsidenten Dr. Raempp besteht in schwerer Arterienverkalkung, zu der in den jüngsten Tagen eine Lungenentzündung hinzugekommen ist.

Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt halbamtlich: Um der niederländischen Regierung die beschleunigte Nachprüfung der Reklamationen von Gegenständen, insbesondere Kleidungsstücken, welche deutschen Reisenden auf der Reise von Holland nach Deutschland abgenommen worden sind, zu ermöglichen, ist es erwünscht, daß die einzelnen Angaben folgende Angaben enthalten: 1. Name, Stand und Adresse des Reklamanten, 2. Name des Grenzortes, an welchem die Gegenstände beschlagnahmt worden sind, 3. Datum der Wegnahme der Gegenstände, 4. Aufzählung der abgenommenen Gegenstände mit Wertangabe.

Berlin, 23. Mai. Der Hauptauschuß des Deutschen Stadttages ist durch seinen Vorsitzenden Oberbürgermeister Vermuth auf den 22. Juni nach Berlin einberufen worden.

Berlin, 23. Mai. Zwischen Finnland und Bulgarien wurde am Dienstag hier der Friedensvertrag unterzeichnet.

Daag, 23. Mai. Die Verhandlungen über die Differenzen zwischen Holland und Deutschland, die noch gelöst werden müssen, ehe die Besprechungen über das neue Wirtschaftsabkommen mit Deutschland beginnen können, sind nach einer Meldung des „Amsterdamer Handelsblad“ so gut wie beendet.

Daag, 23. Mai. In den letzten Tagen haben in Amsterdam, im Haag und in London infolge der Verminderung der Rationierung wiederum große Hungertumulte stattgefunden.

Amsterdam, 23. Mai. Das amerikanische Ernährungsamt trägt sich mit der Absicht, den Weizenverbrauch des Landes noch mehr einzuschränken, um der bedenklichen Lage auf dem einheimischen Weizenmarkt Rechnung zu tragen.

Rotterdam, 23. Mai. Präsident Wilson hat einen Gesandten entsandt, nach dem alle jungen Männer, die nach dem 6. Juni 1917 21 Jahre alt geworden sind, sich zum Wehrdienst einschreiben lassen müssen.

Kiew, 23. Mai. Auf den ukrainischen Protest wegen der Angliederung Bessarabiens hat die rumänische Regierung mit einer abweisenden Note geantwortet.

Büch, 23. Mai. Wie die „Balkan-Agentur“ meldet, wird Plechanow beschuldigt, im Einvernehmen mit Milukow, dem Führer der Kadetten, eine Gegenrevolution geplant zu haben.

Lugano, 23. Mai. Politische Kreise in Rom messen dem bevorstehenden Besuch des Prinzen von Wales in Rom größte politische Bedeutung bei, da gleichzeitig Gerüchte über ein Zusammenkommen der längst verstorbenen Urmutter der Königin Victoria mit dem Prinzen umlaufen.

Washington, 23. Mai. Präsident Wilson hat das Aufhebungsgesetz genehmigt, durch das die Regierung weitgehende Befugnisse erhält, um Handlungen und Ausrüstungen, die gegen die Landesverteidigung verstoßen, zu bestrafen.

Ein Antrag Roeside.

Berlin, 23. Mai

Der Abgeordnete Dr. Roeside (Konf.) hat im zuständigen Reichstagsausschuß einen langen Antrag eingebracht, der mit einer Sachbegründung in fünf Teilen Änderungen unseres jetzigen Ernährungssystems fordert, die dessen vorläufigen Abbau bedeuten würden. Die fünf Teile des Antrages lauten:

1. Das Reich soll nur ... Millionen Tonnen Getreide beschlagnahmen und durch Brotkarten nur diejenigen Teile der Bevölkerung damit versorgen, die mit diesem Quantum täglich mit ... Gramm Brot bei Streckung des Brotes in der bisher üblichen Form versorgt werden können. Versorgt wird zunächst die Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Das übrige Brotgetreide ist völlig freigegeben.
2. Für die Kartoffeln ist das Lieferungsprinzip des Frühjahres 1918 anzuwenden. Der Grundsatze muß sein, daß die Kartoffeln, die durch die Lieferungsverträge für das Reich sichergestellt werden, so hoch im Preise stehen, daß der Landwirt das volle sekundäre Interesse hat, vor allem das Reich zu beliefern. Einen Ausgleich des Preises zur billigeren Abgabe an die unbemittelte Bevölkerung hat das Reich in geeigneter Weise herbeizuführen. Im übrigen bleibt die Kartoffel von jeglicher Bewirtschaftung frei.
3. Die Milchpreise sind gemäß den heutigen Produktionskosten zu erhöhen. Die Gemeinden haben Einrichtungen zu treffen, daß die minderbemittelte Bevölkerung die Milch zu ermäßigten Preisen erhält.
4. Die Bewirtschaftung des Viehes und Fettes bleibt einstweilen bestehen.
5. Obst, Gemüse, Eier bleiben von jeder Bewirtschaftung frei.

Ein neues Programm der Sozialdemokratie.

Ergänzung der Erfurter Beschlüsse.

Eine im Auftrage des Würzburger Parteitages vom Parteitag berufene Kommission hat ein „Aktionsprogramm der Sozialdemokratie“ entworfen, das das Erfurter Programm im Hinblick auf die Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Krieg ergänzen soll. Die neuen Programmvorschläge stellen eine große Anzahl von Forderungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens auf. Sie werden zunächst durch eine Veröffentlichung im „Vorwärts“ zur öffentlichen Besprechung gestellt.

Die politischen Forderungen.

Dazu heißt es: Die Erfahrungen des Krieges haben neue Beweise für die Notwendigkeit der demokratischen Durchdringung des Staates, d. h. für die Volksherrschaft erbracht. Zur Durchführung der Volksherrschaft ist erforderlich, daß das Volk entscheidenden Einfluß auf den Reichstag, die einzelstaatlichen und kommunalen parlamentarischen Vertretungen erlangt und diese wieder auf die Regierungsgewalt. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher:

- Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an ohne Unterschied des Geschlechts für alle parlamentarischen Körperschaften im Reich wie in den Einzelstaaten und den Gemeinden, Einführung der Verhältniswahl;
 - Entscheidung der Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister, die gegenüber den Parlamenten die volle Verantwortung für ihre Amtshandlungen zu tragen haben;
 - Entscheidung des Reichstages über Krieg und Frieden, sowie über die Abschließung von Bündnisverträgen mit fremden Mächten;
 - Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer, beginnend mit der Herabsetzung der Dienstzeit;
 - Beseitigung der Geheimdiplomatie;
 - Schaffung internationaler Rechtsorganisationen (internationaler Abrüstungsverträge, Schiedsgerichte usw.);
 - völlig freies Vereins- und Versammlungswort;
 - Beseitigung aller Ausnahmestellen;
 - volle Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz;
 - Umgestaltung des Erziehungswesens mit dem Ziel der Beseitigung des Bildungsmonopols der herrschenden Klassen.
- Sind die politischen Forderungen die wichtigsten, so erfordern doch auch die anderen die Beachtung weitest-

Reife und es darf als sicher angenommen werden, daß das neue „Aktionsprogramm“ nicht nur innerhalb der anderen Parteien, sondern auch in der Sozialdemokratie selbst einen heftigen Meinungsstreit entzünden wird. Für die Übergangswirtschaft wird u. a. die Beibehaltung der Lebensmittelrationierungen, die Arbeitsbeschaffung für die heimkehrenden Krieger und die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Übergangsorganisation verlangt. Andere Forderungen beziehen sich auf die Einführung einer Reichsvermögenssteuer, einer Abgabe auf Kriegsgewinn, auf die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen, auf die gesundheitliche Fürsorge von Reichswegen und auf die kommunalen Ausgaben.

Das deutsch-schweizer Wirtschaftsabkommen.

Bern, 23. Mai. Die Schweizer Unterhändler haben gestern das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland unterzeichnet.

In einer amtlichen Mitteilung des Bundesrates über das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen, das jetzt trotz aller Quertreibereien der Verbandsmächte unterzeichnet worden ist, heißt es u. a.: Die Rücksicht auf die Landesversorgung in Rohle, Eisen und anderen Waren erlaubt der Schweiz nicht, auf den Abschluß des Abkommens mit Deutschland zu verzichten, das übrigens in einer mehrwöchigen Arbeit vorbereitet worden war und zu dem nur noch die Unterschriften fehlten. Aberhaupt birgt der vertragslose Zustand Gefahren für die wirtschaftliche Sicherheit des Landes in sich. Die Schweiz hat auf Wunsch der einen und anderen kriegsführenden Gruppen bereits Kontrollpflichten auf sich genommen, die der verlangten Rohlenkontrolle ähnlich sind und ihnen entsprechen. Diese hörte indessen in dem Augenblick auf, für die schweizerische Industrie eine gefährliche Beschränkung zu sein, wo Frankreich der Schweiz die nötigen Rohlenmengen zur Verfügung stellte, um die der Rohlenkontrolle unterworfenen, für die Länder der Entente bestimmten Waren herzustellen.

In seiner Sitzung vom 21. Mai hat daher der Bundesrat seine Unterhändler ermächtigt, den Entwurf eines deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens zu unterzeichnen. Dieses Abkommen wird keine Klausel mehr enthalten, die sich auf die Rohlenlieferungen aus Deutschland feindlichen Ländern bezieht. Am 16. Mai hat die deutsche Regierung den Bundesrat bereits wissen lassen, daß sie trotz der Verschiebung der Unterzeichnung, der Schweiz keine Schwierigkeiten mache und in der Zwischenzeit die Rohlenlieferung fortsetzen werde. Dank diesem freundschaftlichen Verhalten war es möglich, alle in Betracht kommenden Fragen gründlich zu prüfen und zur Unterzeichnung des Abkommens erst dann zu schreiten, nachdem alle Mißverständnisse, die sich von der einen oder anderen Seite hätten ergeben können, ausgeräumt waren.

Berlin, 23. Mai.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet halbamtlich: Die am 19. d. Mts. durch Davao verbreitete Note der französischen Regierung zu den deutsch-schweizerischen Verhandlungen kann an dem einwandfrei festgestellten Sachverhalt nichts ändern. Die deutsch-schweizerischen Verhandlungen standen unmittelbar vor dem Abschluß, als Frankreich zu dem offensichtlichen Zweck, in letzter Stunde den Abschluß zu verhindern, das Angebot machte, der Schweiz monatlich 85 000 Tonnen Rohle zu liefern.

Dieses Angebot war aber an Bedingungen geknüpft, die es von vornherein illusorisch machten; er wurde dann von Frankreich für hinfallig erklärt, sofern nicht Deutschland — auch für den Fall, daß wenig oder keine Entente-Rohle in die Schweiz gelangte — auf jegliche Rohlenkontrolle verzichtete. Der Zweck des Angebotes war einerseits, auch in Zukunft Kriegsmaterial beziehen zu können, das mit deutscher Rohle hergestellt war, andererseits die Schweiz wirtschaftlich zu unterjochen. Zwist zwischen Deutschland und der Schweiz zu Gunsten Frankreich hat der Schweiz mit dem Wirtschaftskrieg gedroht. Nachdem sein Einschüchterungsversuch gescheitert ist, zieht es sein Angebot zurück und erklärt, daß es seinen freundschaftlichen Gefühlen für die Schweiz dadurch Ausdruck geben wolle, daß

es diejenigen Rohlenmengen schicken werde, die nötig sind, damit Frankreich Kriegsmaterial aus der Schweiz beziehen kann. Ein wahrhaft schlagender Beweis für Frankreichs Großmut!

Die Verleumdung, Deutschland habe ein Interesse daran, in der Schweiz Arbeitslosigkeit und Unruhen zu schaffen, richtet sich von selbst. Die Verurteilung des französischen Offiziers Mougnot zu zehn Jahren Zuchthaus, dem u. a. wegen gewöhnlicher Diebstahls, daß er in der Schweiz Arbeiterausbeutung angezettelt hat, gibt vollen Ausschluß darüber, auf welcher Seite man beitreibt ist. Unruhen in der Schweiz hervorzurufen, ist Frankreichs Plan ist vor aller Augen enthüllt.

Frankreichs Bundesrat, der unbefähigt um alle Drohungen den Vertrag mit Deutschland abzuwerfen, hat gegenüber dem amerikanischen Eingriff kraftvoll die Unabhängigkeit der Schweiz gewahrt.

Mittelmeer oder Weltmeer?

Herr v. Kühlmann über die wirtschaftliche Entwicklung von einem volkswirtschaftlichen Arbeiter wird uns aus Berlin geschrieben.

Als das Wort „Mittelmeer“ aufkam, wurde es vielfach als Kampfwort ergriffen und angewendet. Mittelmeer war für viele der Niederlage einer neuen europäischen Weltmarktpolitik, besonders einer neuen Wirtschaftspolitik, im Gegensatz zu der Weltmarktpolitik der Entente, in dem Bariser Wirtschaftsprogramm ihre Sammelartikeln erhalten hatte. Bald jedoch erhob sich Widerstand gegen diese einseitige Auffassung. Man trat jetzt mehr für eine Abklärung, als für die grundsätzliche Beibehaltung der Freiheit des wirtschaftlichen Weltverkehrs. Man sagte sich, daß die modernen Kulturstaaten, deren Wirtschaft auf den Weltmarkt eingestellt ist, ohne eine allgemeine Durchdringung des Weltmarktes mit ihren Waren und einen entsprechenden allgemeinen Weltwarenbezug existieren können. Nach und nach gewann eine mittelmäßige Ansicht die Oberhand: Man wollte den Sammelartikeln nicht aufgeben, den Zusammenstoß aber als Grundlage für die Wiederherstellung der Wirtschaft benutzen. Diese Art der Wirtschaftspolitik deutet in den deutsch-österreichischen Verträgen mit den Entente zu erkennen. In dem Vortrag, den der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Kühlmann, am 20. wochabend in der Berliner Handelskammer hielt, betonte er als Hauptkriterium der östlichen Verträge einmal scharf, daß diese Politik nur die Vorbereitung eines mit doppelter Energie wieder aufzunehmenden Weltmarktes sein könne.

Damit ist die Frage „Mittelmeer oder Weltmeer“ die schon im Mittelalter, gelegentlich der großen Handels- und Seewegentdeckungen, die Völker bewegt hatte, nun wieder entschieden. Wir haben den Anfang ganz neuer weltwirtschaftlicher Formen. Durcheinander der weltwirtschaftlichen Beziehungen, abgesehen von Gruppenbeziehungen, aber die Weltwirtschaft soll nicht erstickt werden. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß sie durch Maßnahmen innerhalb der ententelichen Gruppen, also des Vierbundes, wie seiner vereinzelten Gegner, eingeengt oder auf neue Bahnen verwiesen werden. Dem sowohl der bevorstehende Ausbau des deutsch-österreichischen Bündnisses, wie auch der Frieden mit Rumänien bestimmte und zwar große Vorteile für die Mittelmächte, d. h. mit anderen Worten Verluste für die Entente. Der in der Entstehung begriffene wirtschaftliche Block, der zunächst an der Westgrenze Deutschlands endet und dessen Abmessungen im Osten man nicht genau ersehen kann, wird in vielen wichtigen Fragen eine einheitliche Anstreben und erzielen, die seinen Mittelmächte Nutznießungen sichert, von denen die jetzt Draußenstehenden nicht ausgeschlossen zu werden brauchen, die aber zunächst eben Nutznießungen der Blockmitglieder sind.

Es wird nun alles darauf ankommen, inwieweit deutschfeindlichen Alliierten von ihrem Bariser Wirtschaftsprogramm abgehen und sich der Weltwirtschaftsides Vierbundes anschließen. Nicht zu verkennen ist, daß die Idee durch die östlichen Verträge eine Kräftigung erfahren kann, wenn auch in der ersten Zeit die Wirksamkeit

Den ganzen Tag aber hatte sie bittere, aufdringliche Gedanken und Empfindungen nicht los werden können; und dazu war es dunkel in allen Ecken. Erst am Abend, als die Lampe auf dem Tisch brannte, wurde es heimlicher in der Wohnstube und stiller. Margaretens Seele. Tante Sophie war trotz des Schweißes ausgegangen, um einige unaussprechbare Stellen zu machen, und Reinhold arbeitete in der Schreibstube; er kam überhaupt nur noch herüber, wenn er zu Tisch gerufen wurde.

Margarete ordnete den Abendtisch. Im Ofen brannten die Holzstücke lichterlos und warfen durch Öffnung der Messingtür einen breiten, behaglichen Schein über die Dielen. Nein, gerade dem häßlichen Tage zum Trotz sollte nun der Abend gemütlich werden! Würde brachte sauber garnierte kalte Schüsseln herein, und Margaretete entzündete den Spiritus der Teemaschine; und als Reinhold sagen ließ, möge ihm ein belegtes Butterbrot hinüberschicken, wurde nicht kommen, da wurde das Herz der Schwester erst recht leicht.

Draußen fuhren mehrere Wagen vorüber, und war auch, als hätte einer vor dem Hause. War Vondrat zurückgekommen? — Nun, das erlaube ja morgen, früher freilich nicht! — Margaretete fort, Schinkenscheiben auf Reinholds Brot zu legen, sie sah nicht auf, als ein leises Türgeläuten auf ihr schlug. — Würde brachte jedenfalls noch etwas den Tisch herein; aber ein so kalter Lustzug, wie eben über ihre Wangen strich, kam doch nicht der warmen Küche her; unwillkürlich blickte sie und da sah sie den Vondrat an der Tür stehen. schrat heftig zusammen, und die Gabel mit dem Essen entfiel ihrer Hand.

Er lachte leise auf und trat näher an den Tisch. Er war noch im Reisepelz, und auf seiner glitzerten Schneeflocken, also direkt von draußen er herein.

„Über dich ein Schreden, Margaretete!“ sagte kopfschüttelnd. „Warst wohl, trotz deiner hausmännlichen Beschäftigung, im sonnigen Biederland, der Hans Nuprecht im Pelz rief dich in die Thüringer Wirtschaft zurück?“ — Nun, guten Abend auch!“ setzte er in treuherzig Thüringer Weise und bot ihr die Hand — war ihr doch, als müßte

Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von E. Marlitt.

48)

Nachdruck verboten.

Sie reichte den beiden alten Leuten, Abschied nehmend, die Hand und verließ, von ihnen bis zur Treppe geleitet, das Packhaus. Sie ging weit gedankenvoller, als sie gekommen war. ... War das ein köstliches Zusammenleben in dem alten Hause da hinter ihr! Je heftiger das Schicksal auf die Herzen einwirkte, desto enger schlossen sie sich aneinander an.

Ihr Blick flog unwillkürlich über das vornehme obere Stockwerk des Vorderhauses — da herrschte freilich ein anderer Geist, „Anstand, gute Sitte, Konvention“ nannte ihn die Großmama, und „verknöcherte Selbstsucht, gepaart mit verachtungswürdigem Unterwerfungstrieb gegen Hochgestellten“, der alte Mann, der lieber einsam draußen auf dem Lande lebte, als daß er die Eisesluft atmete, in welcher sich die distinguierte Frau Gemahlin gefiel.

War es da ein Wunder, wenn Herbert — aber nein, selbst im Geiste durfte sie ihn nicht mehr durch das Vorurteil kränken, daß er herzlos sei! ... Er war gut zu ihr. Er hatte ihr sogar zweimal nach Berlin geschrieben, fürsorglich, als sei er ihr Vormund. Und sie hatte ihm geantwortet. Daraufhin war er ihr bei ihrer Rückkehr auf die letzte größtenteils Station entgegengekommen, in dem doch so zart sinnigen Wunsch, ihr das Wiederbetreten des vereinsamten Vaterhauses in etwas zu erleichtern.

Das hatte die Großmama freilich nicht erfahren; sie hätte diese Zuverlässigkeit und Herablassung des Herrn Vondrats gegen das junge Ding, die Grete, sicher nicht gebilligt, schon aus dem Grunde nicht, weil sie ihr das Leid angetan hatte, durchaus nicht Baronin von Billingen werden zu wollen. Die alte Dame hatte bitterböse darüber an ihre Schwester und Margaretete geschrieben. ... Wie Herbert über das Scheitern dieser Wünsche dachte, das war dem jungen Mädchen bis zur Stunde dunkel geblieben. Er hatte die delikate Angelegenheit in keinem seiner Briefe erwähnt, und sie war auf ihrer Gut gewesen, auch nur mit einem Worte daran zu rühren. ...

Mit diesen abweisenden Betrachtungen war sie längst in die Hofstube zurückgekehrt und hatte die

Geldrolle wieder in den Kasten des Schreibtisches stecken lassen — unter einem abermaligen Erdbeten. So konnte und durfte sie ihre Teilnahme für den kleinen War nicht wieder betätigen wollen — der Weg war ihr verschlossen. Sie fühlte sich machtlos; die Verhältnisse übersehen und wissen, wie da zu wirken sei, das konnte nur ein Mann.

Sie nahm sich vor, mit Herbert darüber mal zu sprechen. ...

19.

Seitdem waren zwei Tage verstrichen. Der Vondrat war noch nicht zurückgekehrt, und deshalb herrschte tiefe Ruhe auf der sonst so belebten Treppe und im oberen Stock. Margaretete ging jeden Morgen pflichtschuldigst hinauf, um der Großmama guten Tag zu sagen. Das war stets ein saurer Gang; denn die alte Dame grüßte und zürnte noch heftig.

Sie schallt zwar nicht laut — Gott behüte, nur keine offensichtliche Leidenschaftlichkeit! Der gute Ton hat ja dafür feinere und desto sicherer treffende Waffen: Messerschärfe in Blick und Stimme, und Dolch- und Nadelspitzen auf der Zunge. Aber diese Art und Weise des Angriffs empörte die Entelin doppelt, und sie brauchte oft ihre ganz Selbstbeherrschung, um gelassen und schweigend zu ertragen. ...

Weist ungnädig entlassen, ging sie dann immer mit dem Gefühl der Erlösung die Treppe wieder hinab. Heute morgen nun hatte Margaretete beim Verlassen des Flursalles eine Begegnung gehabt. Sie war rasch auf die Schwelle der Tür getreten und hatte plötzlich Augen in Augen vor der eben vorübergehenden schönen Heloise gestanden. Der jungen Dame um einige Schritte voraus war die Baronin Taubened die Treppenhöflichkeit hinaufgeleitet; sie hatte, von der Anstrengung des Emporstiegens ganz benommen, die aus dem Flursaal Tretende gar nicht gesehen; ihre Tochter dagegen hatte sehr freundlich gegrüßt, ja, ihr Blick war sogar mit dem unverkennbaren Ausdruck von Teilnahme über die Mädchengestalt in tiefer Trauer hingeglichen, das konnte Margaretete sich selbst nicht wegleugnen; und doch war sie in Versuchung gewesen, den höflichen Gruß zu ignorieren und ohne ihn zu erwidern, in den Flursaal zurückzulaufen. ...

Diese schöne, gerühmte Heloise war ihr nun einmal in tiefster Seele unsympathisch — weshalb? Sie wußte es selbst kaum. ...

— Am 21. wurden die Opfer des Fliegerangriffs in Köln in zwanzig Särgen in einem gemeinsamen Grab auf dem Südfriedhof beerdigt. Ein Kranz aus Tannengrün und frischen Blumen, dessen Schleißen die Inschrift trugen: „Auch Ihr standt für das Vaterland. Die trauernde Stadt Köln“, wurde an der Riesengruft niedergelegt. Die Trauerfeier wurde durch Fliegeralarm gestört. Nachdem die Luftgefahr vorüber war, erfolgten Ansprachen der Geistlichen und Oberbürgermeister. Abenauer hielt eine ergreifende Ansprache an die Angehörigen der Feindesopfer, um die die ganze Stadt Köln wie eine große Familie trauere. Der Redner gedachte hierbei der herzlichen Anteilnahme des Kaisers, der durch seinen Geheimen Kabinettsrat seiner Trauer telegraphisch Ausdruck geben ließ und den Verwundeten baldige Genesung wünschte. Wie der Kaiser, fühle Kölns ganze Bürgerschaft. Der Eindruck der Trauerfeier war für alle Teilnehmer tief ergreifend.

Fortsetzung folgt.

